

Landratsamt Mühldorf a. Inn
Bildung und Teilhabe
Töginger Str. 18
84453 Mühldorf a. Inn
[Sicheres Kontaktformular](#)

Bedarfsanzeige/Antrag auf Leistungen für Bildung und Teilhabe

Persönliche Daten: Antragsteller/Antragstellerin

(Die mit rotem Sternchen* gekennzeichneten Felder sind Pflichtfelder.)

Anrede	<input type="checkbox"/> Keine Angabe	<input type="checkbox"/> Frau	<input type="checkbox"/> Herr
Titel	Vorname*		
Nachname*	Geburtsdatum*		
Straße, Hausnr. *			
PLZ*	Ort*		
E-Mail			
Telefon			
Geschlecht*	<input type="checkbox"/> weiblich	<input type="checkbox"/> männlich	<input type="checkbox"/> divers

Angaben zur/zum Leistungsberechtigten (Kind, Schülerin/Schüler)

Name*	Vorname*		
Geburtsdatum*			
Straße, Hausnr. <i>(Die Felder Adresse, PLZ und Ort bitten wir Sie nur auszufüllen, wenn diese vom Antragsteller/von der Antragstellerin abweichen.)</i>			
PLZ	Ort		
Geschlecht*	<input type="checkbox"/> weiblich	<input type="checkbox"/> männlich	<input type="checkbox"/> divers
Staatsangehörigkeit*			

Welche Grundleistungen beziehen Sie?

Ich beziehe

<input type="checkbox"/> Leistungen nach dem SGB II (Arbeitslosengeld II) → Falls zutreffend, bitte BG-Nr. angeben: _____
<input type="checkbox"/> Leistungen nach dem SGB XII (Sozialhilfe) → Falls zutreffend, bitte Aktz. angeben: _____
<input type="checkbox"/> Leistungen nach dem Wohngeldgesetz → Falls zutreffend, bitte Aktz. angeben: _____
<input type="checkbox"/> Kinderzuschlag nach dem Bundeskindergeldgesetz → Falls zutreffend, bitte Aktz. angeben: _____ Nachweis zum Kinderzuschlag* <input type="checkbox"/> liegt bei <input type="checkbox"/> wird nachgereicht
<input type="checkbox"/> Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz → Falls zutreffend, bitte Aktz. angeben: _____

Welche Leistungen aus dem Bildungspaket beanspruchen Sie?

Ich beantrage Leistungen für:

<input type="checkbox"/> eintägige Ausflüge der Schule/Kindertageseinrichtung <u>Anlage eintägige Ausflüge*</u> <input type="checkbox"/> liegt bei <input type="checkbox"/> wird nachgereicht
<input type="checkbox"/> mehrtägige Klassenfahrten <u>Anlage mehrtägige Klassenfahrten*</u> <input type="checkbox"/> liegt bei <input type="checkbox"/> wird nachgereicht
<input type="checkbox"/> Schülerbeförderung <input type="checkbox"/> Für den Schüler/die Schülerin entstehen monatlich Kosten für den Schulweg in Höhe von _____ Euro. <input type="checkbox"/> Für den Schüler/die Schülerin wird ein Zuschuss von Dritten (z. B. vom Kreis oder Land) zu den Beförderungskosten in Höhe von _____ Euro monatlich gewährt. → Entsprechende Nachweise z. B. Bescheid/Rechnung* <input type="checkbox"/> liegen bei <input type="checkbox"/> werden nachgereicht

ergänzende angemessene Lernförderung

Es werden Leistungen durch das zuständige Jugendamt im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe erbracht (§ 35 a Achstes Buch Sozialgesetzbuch - SGB VIII).

- ja
 nein

[Anlage Lernförderung*](#)

- liegt bei wird nachgereicht

Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben

Das Kind bzw. die/der Jugendliche nimmt im Zeitraum vom _____ bis _____ an folgender Aktivität teil: _____

Name des Leistungsanbieters/Vereins: _____

Anschrift des Leistungsanbieters/Vereins: _____

Kosten: _____ Euro im Monat Quartal Halbjahr Jahr

Kontoinhaber (Leistungsanbieter/Verein): _____

Bank: _____

IBAN: _____

Nachweis über die Kosten z. B. Zahlungsaufforderung, schriftliche Bestätigung über die zu erwartenden Kosten*

- liegt bei wird nachgereicht

Schulbedarf

Schulbescheinigung (*nur bei Einschulung und ab dem 15. Lebensjahr*)

- liegt bei wird nachgereicht

Ergänzende Angaben zum Schulbedarf für *Bezieher von Wohngeld, Kinderzuschlag oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz*

Kontoinhaber: _____

Bank: _____

IBAN: _____

gemeinschaftliches Mittagessen in der Schule oder Kindertageseinrichtung

Das Kind, der/die Schüler/Schülerin nimmt regelmäßig am gemeinschaftlichen Mittagessen teil. *

Das Kind besucht im Zeitraum von _____ bis _____ eine Kindertageseinrichtung.

Das Kind bzw. die/der Jugendliche, junge Erwachsene besucht:

eine allgemein- oder berufsbildende Schule

Name der Schule: _____

Anschrift der Schule: _____

Klasse: _____

eine Kindertageseinrichtung/Mittagsbetreuung/Hort

Name der Kindertageseinrichtung/Mittagsbetreuung/des Hortes:

Anschrift der Kindertageseinrichtung/Mittagsbetreuung/des Hortes:

Ihre Erklärungen

Ich versichere, dass die Angaben zutreffend sind.*

Die untenstehenden und angehängten Hinweise zum Datenschutz habe ich zur Kenntnis genommen.*

Ort, Datum

Unterschrift
Antragsteller/Antragstellerin

Hinweis zum Datenschutz:

Die Daten unterliegen dem Sozialgeheimnis. Ihre Angaben werden auf Grund der §§ 60 - 65 Erstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB I) und der §§ 67 a, b, c Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X) erhoben.

Mit der Verarbeitung, einschließlich Übermittlung sowie Nutzung und zum Zweck der Abrechnung (§ 67 Abs. 5 und 6 SGB X) der für Bildungs- und Teilhabeleistungen erforderlichen Daten an die Leistungsanbieter durch den Sozialleistungsträger bin ich einverstanden.

Ich willige ferner darin ein, dass die vorgenannten Stellen Daten in Form eines Datenabgleichs austauschen dürfen. Ich wurde darüber belehrt, dass diese Einwilligung freiwillig erfolgt und jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden kann.

Informationen zur Datenerhebung nach Art. 13 DSGVO zu ihrem nachfolgenden Antrag:

Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit:

Anträge auf Bildungs- und Teilhabeleistungen

Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen:

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung ist das Landratsamt Mühldorf a. Inn, Fachbereich Soziales und Senioren, Töginger Str. 18, 84453 Mühldorf a. Inn, Telefon 08631/699-0; Email: poststelle@lra-mue.de

Kontaktdaten des/der Datenschutzbeauftragten:

Den Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter der Postanschrift Landratsamt Mühldorf a. Inn, Datenschutzbeauftragter, Töginger Str. 18, 84453 Mühldorf a. Inn, Telefon 08631/699-0 oder unter folgender E-Mail-Adresse: datenschutz@lra-mue.de

Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung:

Das Landratsamt Mühldorf a. Inn, Fachbereich Soziales und Senioren, verarbeitet Daten zum Zwecke ihrer gesetzlichen Aufgabenerledigung nach dem Sozialgesetzbuch (SGB). Es ist zur wirtschaftlichen Erbringung von Geld-, Sach- und Dienstleistungen verpflichtet. Dazu zählen beispielsweise Leistungen der Sozialhilfe nach dem SGB XII. Darüber hinaus werden personenbezogene Daten auch bei der Durchführung von Erstattungsansprüchen anderer Sozialleistungsträger oder anderer Stellen oder der Bekämpfung von Leistungsmissbrauch verarbeitet.

Die Datenverarbeitung stützt sich insbesondere auf Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO i.V.m. §§ 67 ff SGB X, SGB XII sowie auf spezialgesetzliche Regelungen (AsylbLG, WoGG, BKGG, SGB II). Darüber hinaus ist gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO eine Datenverarbeitung auch zulässig, wenn die betroffene Person ihre Einwilligung erteilt hat.

Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Die vorgenannten Datenkategorien können zum Zwecke der gesetzlichen Aufgabenerledigung je nach Bedarf an Dritte übermittelt werden wie beispielsweise: Andere Sozialleistungsträger (z.B. DRV, Krankenversicherung), Finanzämter, Zollbehörden, Behörden der Gefahrenabwehr (z.B. Polizei, Staatsanwaltschaft, Verfassungsschutz) Gerichte, andere Dritte wie z.B. kommunale Ämter, KfZ-Zulassungsstelle, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bundeszentralamt für Steuern, Bundesrechnungshof, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Vermieter (wenn an diesen direkt gezahlt wird), Energieversorger (wenn an diesen direkt gezahlt wird), Schuldnerberatung (nur mit Einwilligung des Betroffenen), Suchtberatung (nur mit

Einwilligung des Betroffenen), psychosoziale Betreuung (nur mit Einwilligung des Betroffenen), Schulen (nur mit Einwilligung des Betroffenen), etc.

Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Für Daten zur Inanspruchnahme von Dienstleistungen, Geld- und Sachleistungen nach dem SGB XII besteht eine Speicherfrist von 10 Jahren nach Beendigung des Falles. Ein Fall ist in diesem Zusammenhang beendet, wenn die Hilfebedürftigkeit weggefallen ist oder aus anderen Gründen kein Anspruch mehr auf Leistungen besteht, es sei denn, Rechtsstreitigkeiten sind nicht abgeschlossen. Die Frist von 10 Jahren beruht auf der gesetzlichen Möglichkeit der Rückforderung von Leistungen, wenn in diesem Zeitraum bekannt wird, dass Leistungen zu Unrecht gewährt wurden.

Ist eine Forderung (Rückforderung/Erstattungsbescheid/Darlehen) noch offen, werden die Daten gemäß den Vorschriften der Zivilprozessordnung und des Bürgerlichen Gesetzbuches 30 Jahre lang aufbewahrt, weil erst dann die Ansprüche verjähren. Die Berechnung der Frist erfolgt je nach Vollstreckungsversuch.

Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO). Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO). Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO). Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO). Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz.

Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Wer Sozialleistungen (das sind Dienst-, Sach- und Geldleistungen) beantragt hat oder erhält, ist zur Mitwirkung verpflichtet. Das bedeutet, dass die betroffene Person alle leistungsrelevanten Tatsachen angeben muss, ebenso Änderungen in den persönlichen Verhältnissen, die Auswirkungen auf die Leistungsgewährung haben können. Zu den Mitwirkungspflichten zählen auch die Vorlage von entscheidungsrelevanten Unterlagen, die Zustimmung zur Auskunftseinholung bei Dritten, das persönliche Erscheinen beim zuständigen Leistungsträger sowie ggf. die Zustimmung zur Durchführung von ärztlichen oder psychologischen Untersuchungsmaßnahmen.

Die Mitwirkungspflichten ergeben sich aus dem Sozialgesetzbuch. Dies bedeutet, dass die Leistungen bei fehlender Mitwirkung versagt oder entzogen werden können.